

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 18. September 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **P 1065 Postulat Steiner Bernhard und Mit. über die wiederkehrenden Versorgungsengpässe bei zahlreichen Medikamenten / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Bernhard Steiner hält an seinem Postulat fest.

Bernhard Steiner: Die Liefer- und Versorgungsengpässe bei den Medikamenten sind seit Jahren ein Dauerthema. Anfang dieses Jahres hat sich diese Problematik aber vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin massiv verstärkt. Man könnte meinen, dass unsere Regierungen von Bund und Kanton viele Jahre Zeit gehabt und vorgesorgt hätten, um das sogenannte «Medikamentenblackout» zu verhindern. Die Versorgungssituation hat sich aber in den letzten beiden Jahren dermassen verschlechtert, dass es beispielsweise monatelang nicht mehr möglich war, den Kindern die gängigen Antibiotika zur Behandlung von Pneumonien oder Mittelohrentzündungen abzugeben. Einmal mehr zeigt die Stellungnahme der Regierung eine absolut praxisfremde Beurteilung der Faktenlage, und die Ablehnung des Postulats grenzt schlicht an eine Arbeitsverweigerung. Die Kantone sind auf ihrem Gebiet für die medizinische Versorgung zuständig. Der Bund erhält nur in schweren Mangellagen oder im Zusammenhang mit der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten eine unterstützende Aufgabe. Der Bund hat die zentrale Aufgabe, Versorgungsstörungen bei den Arzneimitteln in einer Liste aufzuführen. Auf dieser Liste sind aktuell 186 Medikamente aufgeführt, im Praxisalltag ist diese Liste aber schlicht nicht zu gebrauchen. Es gibt eine privat geführte Webseite, auf der die Lieferengpässe aller in der Schweiz erhältlichen Medikamente aufgeführt werden. Darauf sind aktuell 910 nicht lieferbare Medikamente aufgeführt, und 331 Wirkstoffe sind davon betroffen, somit ein Mehrfaches der vom Bund publizierten Daten. Wie kann das Problem gelöst werden? Die Regierung schlägt Folgendes vor: «Unser Rat geht davon aus, dass die Task Force Medikamentenmangel zeitnah Sofortmassnahmen vorschlagen wird, die dann auch rasch umgesetzt werden können.» Das fast tönt schon wie ein Hohn, wenn man weiss, dass diese Taskforce bereits im April 2023 aufgelöst wurde. Die einzige Empfehlung dieser Taskforce war, dass man in der Praxis nur abgezählte Tabletten abgeben soll. Gemäss kantonalem Merkblatt «Abgabe von Teilmengen aus Originalpackungen» ist die Abgabe von Teilmengen nur in begründeten Ausnahmefällen durch die Apotheken erlaubt. Es ist tatsächlich so, wie die Regierung es schreibt, dass die Medikamente aus dem Ausland ohne Sonderbewilligung importiert werden können. Die Medikamente dürfen aber nur patientenspezifisch importiert und nicht auf Vorrat gelagert werden. Auch das ist nicht praktikabel, denn ich weiss ja nicht im Voraus, ob beispielsweise

das Kind XY am nächsten Donnerstag eine Pneumonie hat und ich genau dieses Antibiotikum benötige, das ich aus dem Ausland importieren muss. Deshalb sollte beispielsweise die Vorratshaltung von importierten Medikamenten in solchen Krisensituationen möglich sein. Ich bitte Sie im Namen der Ärzteschaft und der kleinen und grossen Patienten, dem Postulat zuzustimmen.

Thomas Oehen: Der Postulant sorgt sich um die Verfügbarkeit von Medikamenten in unserem Kanton. Es ist durchaus so, dass gewisse, auch lebenswichtige Medikamente zunehmend schwerer zu beschaffen oder gar nicht mehr verfügbar sind. Es liegt aber nicht daran, dass diese Medikamente nicht freigegeben werden, sondern dass sie nicht produziert oder transportiert werden oder aus irgendwelchen Gründen die Wirkstoffe schlicht nicht verfügbar sind. Daraus ergibt sich, dass es sich nicht um ein kantonales, sondern um ein globales Problem handelt. Die ausführliche Stellungnahme der Regierung zeigt klar auf, welche Massnahmen der Kanton erlassen hat, um die nötige Medikamentenbeschaffung oder -herstellung zu ermöglichen. Die Regierung setzt alles Mögliche daran, um die sichere Medikamentenversorgung aufrechtzuerhalten. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat ab.

Urs Christian Schumacher: Stellen Sie sich vor, Ihr Kind hat eine schwere, eitrige Angina und ihr Arzt sagt Ihnen, dass das empfohlene Antibiotikum seit Wochen nicht mehr geliefert wird und er ein alternatives, nicht empfohlenes, in seiner Erfahrung aber auch wirksames Antibiotikum geben muss. Des Weiteren haben er und die Apotheken keinen Schmerzmittelsirup und auch keine Schmerzzäpfchen mehr, weshalb Ihr Kind halt etwas auf die Zähne beißen muss. Eine solche Situation haben wir zeitweise in einem der teuersten und besten Gesundheitssystemen der Welt. Wer nun die Gesetze liest, hat den Eindruck, dass diese bei schönem Wetter geschrieben wurden: seitenlange Regulierungen und Kontrollen, aber kaum etwas von Verantwortung über die Versorgungssicherheit. In § 44a des kantonalen Gesundheitsgesetzes steht unter der Verbesserung der Gesundheitsversorgung: «Der Kanton kann zur Erhöhung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung und zur Förderung der Versorgungssicherheit im Rahmen der Voranschlagskredite Massnahmen treffen und Beiträge an entsprechende Projekte und Institutionen ausrichten.» Die Versorgungssicherheit ist also sehr wohl auch Aufgabe des Kantons. Dies wäre jetzt ein klassisches Beispiel, wo eine interkantonale Gesundheitsdirektorenkonferenz Lösungen erarbeiten könnte. Diese für die Bevölkerung ernsthafte Problematik kann nicht einfach einer Ad-hoc-Taskforce ohne demokratische Legitimation überlassen werden. Es fehlt an pharmakologischen Grundstoffen. Diese könnten mit etwas Mehrkosten auch in der Schweiz hergestellt werden, wenn der Auftrag da wäre. Damit würden in der Schweiz auch Arbeitsplätze geschaffen, und die Versorgungsunabhängigkeit würde gesichert in einer zunehmend im Globalismus desorganisierten Welt, wo jeder meint, der andere sei verantwortlich. Ich bitte Sie als betroffener Kinderarzt, das Postulat erheblich zu erklären.

Claudia Huser: Medikamentenengpässe sind schlimm, und es gilt sie zu verhindern. Diesbezüglich stimmt die GLP-Fraktion beiden Vorrednern zu. Wir waren von der sehr zurückhaltenden Stellungnahme der Regierung etwas enttäuscht. Wir können uns fast nicht vorstellen, dass weder der Bund noch die Kantone kaum Einfluss nehmen können. Jetzt aber eine Insellösung für den Kanton Luzern zu schaffen und eine Hamsterhaltung einzunehmen, ist auch nicht zielführend. Wir gehen davon aus, dass der Bund hier Einfluss nehmen kann und auch soll. Andernfalls wäre das ein Armutszeugnis. Es muss etwas geschehen, aber das muss koordiniert und auf nationaler Ebene erfolgen. Aus diesem Grund lehnt die GLP-Fraktion das Postulat ab.

David Roth: Es besteht tatsächlich ein Medikamentenengpass, das Problem liegt aber nicht

beim Transport, sondern bei der mangelnden Verfügbarkeit. Der Bund hat keinen eigentlichen Versorgungsauftrag, sondern dieser liegt bei den Kantonen. Wie von Thomas Oehen korrekt beschrieben, kann das Problem aber nicht auf kantonaler Ebene gelöst werden, sondern auf Bundesebene. Was zeigt es uns aber, wenn mehrere dringend benötigte Medikamente nicht verfügbar sind, weil sie nicht produziert werden? Das ist ein klares Marktversagen: Zwar besteht eine Nachfrage, diese kann aber nicht gedeckt werden. Ein Marktversagen bedeutet, dass wir als Staat dafür sorgen müssen, dieses zu beheben. Samuel Bendahan, Co-Fraktionschef der SP Schweiz, hat auf Bundesebene bereits 2021 einen Vorstoss eingereicht, um dieses Marktversagen mit dem Kauf von Sandoz zu beheben. Wie Sie wissen, steht Sandoz offiziell zum Verkauf. Bislang wurde dieser Vorstoss auf nationaler Ebene noch nicht behandelt. Bis jetzt habe ich von Ihrer Seite auch keine grosse Unterstützung festgestellt, um das Problem an der Wurzel zu packen. Sandoz ist einer der grössten Generikahersteller und auch von 15 dringend benötigten Antibiotika. Dort könnten wir ansetzen. Wenn wir Sandoz nicht kaufen, riskieren wir, dass sie aufgelöst wird und die Versorgungsengpässe in der Schweiz noch stärker werden. Was Sie mit dem Postulat verlangen, ist nicht die Lösung. Wir müssen die Verantwortung für die Versorgungssicherheit selbst wahrnehmen, das kann der Kanton Luzern aber nicht allein, sondern wir müssen den Bund endlich in die Pflicht nehmen. Wie machen wir das am besten? Mit einem klaren Signal aus den Kantonen. Das klassische Mittel dazu ist eine Standesinitiative. Wenn Bernhard Steiner und Urs Christian Schumacher an einer Standesinitiative für einen Kauf von Sandoz interessiert sind, unterschreibe ich diese gerne.

Jacqueline Theiler: Der FDP-Fraktion ist es ein grosses Anliegen, diese Engpässe in der Medikamentenversorgung zu verhindern und zu beheben. Ich schliesse mich meinen Vorrednern an. Die Versorgungsengpässe, insbesondere was die Rohstoffe anbelangt, sind ein nationales, ja ein internationales Problem, das wir auf kantonaler Ebene nicht lösen können. Der Regierungsrat zeigt aber auch, dass er seinen Handlungsspielraum nutzt, beispielsweise bei den Herstellungsbewilligungen von Medikamenten. Das gilt es zu würdigen. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Laura Spring: Die Grüne Fraktion würde eine Standesinitiative ebenfalls begrüessen. Es ist wichtig, dass die Kantone ein entsprechendes Signal an den Bund senden. Das Postulat lehnen wir jedoch ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Das Postulat fordert die Regierung auf zu prüfen, wo die Lieferung, Versorgung und Lagerung der Medikamente verbessert werden können. Wie wir schon gehört haben, handelt es sich infolge der Rohstoffengpässe um ein globales Problem. Die Schweiz ist auf die Importe der entsprechenden Rohstoffe angewiesen. Es ist also nicht so, dass der Kanton nicht gewillt wäre, etwas zu tun. In unserer Stellungnahme haben wir entsprechende Massnahmen aufgeführt, die der Kanton getroffen hat. Es gibt noch eine weitere Massnahme: In unserem Kanton gibt es verschiedene Pharmaunternehmen. Es ist also auch eine Frage der wirtschaftlichen Standortattraktivität. Wir Kantone sind auch gefordert, Bedingungen zu schaffen, damit solche Firmen solche Rohstoffe vielleicht auch bei uns produzieren können und nicht nur im asiatischen Raum. Ich gehe mit Bernhard Steiner einig, dass die Situation unhaltbar ist. Ich sehe die Not, gerade in der Pädiatrie. Es fehlen Schmerzmedikamente und Antibiotika. Das ist mir bewusst. Aber für diesen Mangel sind globale Probleme verantwortlich, wie es David Roth zu Recht ausgeführt hat. Dieser Mangel ist global, also müssen wir ihn auch global lösen. Aus diesen Gründen lehnt die Regierung das Postulat ab.

Der Rat lehnt das Postulat mit 77 zu 26 Stimmen ab.